



## **>>> ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT AN DEN HERAUSFORDERUNGEN DES WELTBE- VÖLKERUNGSWACHSTUMS AUSRICHTEN**

Thesenpapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

anlässlich des Kongresses zum Weltbevölkerungswachstum  
am 8. Februar 2012

Beschluss vom 7. Februar 2012

Die Weltbevölkerung wird voraussichtlich bis zum Jahre 2050 von heute sieben Milliarden Menschen auf über neun Milliarden anwachsen. Diese Projektion setzt allerdings eine Fortsetzung des Trends sinkender Geburtenraten in den am wenigsten entwickelten Ländern voraus. Sollte sich dieser Trend nicht fortsetzen, sind Szenarien bis zu 26 Milliarden Menschen zum Ende dieses Jahrhunderts möglich. Die Frage, ob sich die Weltbevölkerung im Jahre 2100 stabilisiert hat oder auf bis zu 27 Milliarden Menschen anwachsen wird, entscheidet sich in den armen Regionen des südlichen Afrikas und Asiens, wo 98 Prozent des Bevölkerungswachstums stattfindet. Zwar hat sich das Wachstum - insbesondere in Mittelamerika und Ostasien - in den letzten Jahrzehnten infolge sinkender Fruchtbarkeitsraten verlangsamt; zur Entwarnung besteht indes kein Grund. Jährlich wächst die Weltbevölkerung immer noch um 78 Millionen Menschen, was in etwa der Bevölkerung Deutschlands entspricht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte sich mit den dadurch erwachsenen Problemstellungen in Form von zwei Kongressen vertiefend befassen. Im Rahmen des ersten Kongresses werden wir am 8. Februar 2012 die komplexen Auswirkungen des Weltbevölkerungswachstums für die Bereiche Arbeitsmarkt/soziale Sicherung, Bildung, Ernährung und Gesundheit thematisieren. In einem Folgekongress werden wir uns im Jahre 2013 mit dem Themenbereichen Klima/Umwelt, Krisen/Konflikte, Migration, Ressourcen und Urbanität beschäftigen.

### **Werden durch das Bevölkerungswachstum Entwicklungsfortschritte aufs Spiel gesetzt?**

Das ungebremste Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern droht Entwicklungsfortschritte zunichte zu machen, begrenzte Ressourcen zu überdehnen und die Infrastruktur dieser Länder zu überlasten. So besteht u. a. die Gefahr, dass die Nahrungsmittelproduktion nicht mit dem Bevölkerungswachstum mithalten kann. Steigende Mangel- und Unterernährung können die Folge sein. Durch die Bevölkerungszunahme steigen Emissionen, die zu weiterem Klimawandel und Umweltzerstörung führen können. Endliche Ressourcen, v. a. mineralische Rohstoffe, werden schneller abgebaut als alternative Ressourcen erschlossen werden können. Gleichzeitig steigt auch der Migrationsdruck. In den Städten leistet das Bevölkerungswachstum der Entstehung von Slums Vorschub. Es überlastet die sanitären Infrastrukturen und das Verkehrsnetz und steigert das Potenzial gewalttätiger Konflikte und steigender Kriminalität. Jedes Jahr drängen viele junge Menschen auf die Arbeitsmärkte, für die adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Sind die Regierungen der Entwicklungsländer nicht in der Lage, die durch den Bevölkerungszuwachs entstehenden Probleme in den Griff zu bekommen, drohen Aufstände oder gar der Zusammenbruch von Staaten. Dies kann auch unsere Sicherheit gefährden.

### **Welche Konsequenzen sollte die Entwicklungspolitik ziehen?**

Das Weltbevölkerungswachstum hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die steuerbar sind: Dazu gehört Bildung genauso wie Aufklärung, Familienplanung sowie die gesellschaftliche und ökonomische Stärkung von Mädchen und jungen Frauen. Die deutsche Entwicklungspolitik hat sich über Jahre an den 1994 gefassten Beschlüssen der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung von Kairo orientiert und den Partnerländern insbesondere Kenntnisse zur effektiven Familienplanung vermittelt. Ein erfolgreiches Beispiel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf diesem Gebiet ist Bangladesch, wo es u. a. mit deutscher Hilfe gelang, die Fertilitätsrate von 6,85 Kindern pro Frau (1970) auf 2,7 Kinder

pro Frau (2009) zu reduzieren. Gleichzeitig konnte die Kinder- und Müttersterblichkeit signifikant gesenkt werden. Dies wurde durch eine massive Aufklärungskampagne, die staatliche Subventionierung von Verhütungsmitteln und die Einbeziehung der Frauen in die Wirtschaft (z.B. durch Mikrokredite) möglich. Die christlich-liberale Koalition hat die Familienplanungsmittel erst jüngst auf jährlich 80 Millionen Euro bis 2015 verdoppelt.

Durch bevölkerungspolitische Maßnahmen allein wird sich das Bevölkerungswachstum jedoch bestenfalls verlangsamen lassen. Dies gilt umso mehr, als dass die hohe Kinderzahl in Entwicklungsländern auch aus wirtschaftlichen Erwägungen (v. a. Alterssicherung) bewusst angestrebt wird. Viel grundsätzlicher stellt sich die Frage, wie das (Über)leben von neun Milliarden Menschen sichergestellt und das Potenzial der größten je vorhandenen Jugendgeneration mobilisiert werden kann. Die Lösung dieser Herausforderung muss zunächst aus humanitären Gesichtspunkten interessieren. Gleichzeitig darf jedoch nicht verkannt werden, dass ein unkontrolliertes Wachstum der Weltbevölkerung auch sicherheits-, wirtschafts-, umwelt- und migrationspolitische Konsequenzen mit sich bringt, welche Rückwirkungen auf die Stabilität und den Wohlstand der Industrieländer haben. Insofern ist eine Entwicklungspolitik, welche auf die oben beschriebenen Problemlagen ausgerichtet ist, nicht zuletzt auch in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse.

Geburtenraten, Ernährungssicherung, Zugang zu Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen, soziale Sicherung und wirtschaftliche Entwicklung sind thematisch eng miteinander verflochten und müssen deshalb in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit betrachtet werden. Den komplexen Zusammenhängen zwischen einer nach wie vor stark wachsenden Weltbevölkerung und der wirtschaftlichen sowie sozialen Entwicklung unserer Partnerländer muss von Seiten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verstärkt Beachtung geschenkt werden. Ohne eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums wird das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele und eine stabile, friedliche Welt eine Utopie bleiben.

- **Nahrungsmittelsicherheit:** Im Zentrum aller Bemühungen um Nahrungsmittelsicherheit müssen effektivere Anbaumethoden, die Verbesserung von Landmanagement und Landnutzungsplanung, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität auf bereits landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie die Rückgewinnung degradierter Böden stehen. Zentral sind dabei insbesondere eine standortgerechte Verbesserung des landwirtschaftlichen Managements und die Erhöhung der Ertragspotentiale. Der großen Zahl von Kleinbauern in Entwicklungsländern muss durch Marktzugang und bessere Infrastruktur die Chance zum Unternehmer ermöglicht werden. Darüber hinaus sind erhöhte Anstrengungen der Agrarforschung unter Einschluss der Biotechnologie sowie der landwirtschaftlichen Ausbildung und Beratung erforderlich.
- **Wirtschaftswachstum / Arbeitsplätze:** Entwicklungsprobleme sind vor allem dort vorprogrammiert, wo das demographische Wachstum das wirtschaftliche Wachstum übersteigt. Nötig ist deshalb auch die Entwicklung intelligenter Strategien, die einerseits Arbeitsplätze - insbesondere für die wachsende jüngere Bevölkerung - hervorbringen und andererseits nachhaltiges Wachstum sicherstellen. Schließlich trägt wirtschaftliches Wachstum mittel- und langfristig dazu bei, den ökonomischen Nutzen von Kindern für Eltern in Entwicklungsländern zu verringern und damit den Kinderwunsch von Paaren zu reduzieren. Kleinere Familien wiederum können mehr in die Bildung und Gesundheitsversorgung der Kinder investieren. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Erwerbschancen von Frauen zu richten, die insbesondere

im Nahen Osten, Nordafrika und Südasien noch deutlich schlechter als die von Männern sind.

- **Bildungschancen:** Fehlende Bildungsangebote und die Diskriminierung von Mädchen beim Zugang zu Bildung tragen zum Weltbevölkerungswachstum bei. Die in Folge des hohen Bevölkerungswachstums entstehende hohe Anzahl junger Menschen benötigen jedoch eine gute Bildung, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu steigern. Dem in Studien belegten signifikanten Zusammenhang zwischen höherer Bildung und der Entwicklungsdynamik gilt es durch verstärkte Investitionen in die Bereiche „höhere Bildung“ und Technologietransfer Rechnung zu tragen. Bildung ist darüber hinaus auch der Schlüssel zur Annahme von Dienstleistungen der Familienplanung. Nur durch Aufklärung können junge Menschen eigenverantwortlich Entscheidungen über den Zeitpunkt der Familiengründung sowie die Abstände zwischen den Kindern treffen.
- **Alterssicherungssysteme:** Ziel einer entwicklungsorientierten Alterssicherung in Entwicklungsländern muss es sein, dass die Kinderzahl einer Familie nicht über die Einkommens- bzw. Alterssicherung der Eltern entscheidet. Dies gilt umso mehr, als dass sich die Zahl der über 60-Jährigen in den Entwicklungsländern bis zur Mitte des Jahrhunderts voraussichtlich vervierfachen wird. Die soziale Absicherung dieser Bevölkerungsgruppen kann zukünftig nicht mehr in ausreichendem Maße über informelle Sicherungssysteme wie Familien oder Dorfgemeinschaften gewährleistet werden. Auch die prekäre Arbeitsmarktsituation in vielen Entwicklungsländern und die damit verbundene Einkommensunsicherheit machen die Bereitstellung von sozialen Sicherungssystemen dringend erforderlich. Insbesondere arme Staaten brauchen deshalb verstärkt Hilfe beim Aufbau von staatlichen Alterssicherungssystemen, welche an die Bedingungen in den Entwicklungsländern angepasst sind.
- **Reproduktive Gesundheit:** Viele Entwicklungsländer mit hohen Geburtenraten haben ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit in den letzten Jahren stark ausgeweitet. Anderen Ländern sind bei dieser Aufgabe aus wirtschaftlichen Gründen enge Grenzen gesetzt. So haben weltweit noch immer 215 Millionen Frauen keinen Zugang zu Dienstleistungen der Familienplanung, obwohl sie verhüten wollen. Diese Länder müssen weiterhin ermutigt werden, Ausgaben für reproduktive Gesundheit und Familienplanung fest in ihre regulären Budgetpläne einzubauen. Generell muss der Trend, Ressourcen (Finanzmittel, Personal) für reproduktive Gesundheit zugunsten von anderen Ausgaben stagnieren zu lassen, aufgehoben und umgekehrt werden.



Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
11011 Berlin  
Text: CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Foto: Gerd Altmann/allSilhouettes.com/pixelio.de